

Laibacher Zeitung.

Nr. 33.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 11. Februar

Insertionsgebühr für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1869.

Amtlicher Theil.

Der Justizminister hat die beim Lemberger Landesgerichte erledigten Landesgerichtsrathsstellen den Kreisgerichtsräthen Adalbert Heller in Sambor und Richard Zawadzki in Tarnopol, dann dem Bezirksrichter und Kreisgerichtsrathe Ignaz Bzowski in Brody verliehen.

Der Justizminister hat dem Landesgerichtsrathe Johann Litniski in Tarnopol die angesuchte Ueberlegung in gleicher Eigenschaft zum Landesgerichte in Lemberg bewilligt und an dessen Stelle den Kreisgerichtsrath Ignaz Semkowicz in Tarnopol zum Landesgerichtsrath daselbst ernannt.

Der Justizminister hat die beim Czernowitzer Landesgerichte erledigten Landesgerichtsrathsstellen dem Kreisgerichtsrathe Paul Jlnicki Ritter v. Czerzewicz in Przemyśl und dem Bezirksrichter Michael Piteh in Dorna Watra verliehen.

Der Justizminister hat dem Kreisgerichtsrathe Gustav Kneudlich in Rzeszow die angesuchte Ueberlegung in seiner jetzigen Eigenschaft zum Kreisgerichte in Tarnow bewilligt und an dessen Stelle den Oberstaatsanwaltsstellvertreter Anton Brandt in Krafau zum Kreisgerichtsrathe in Rzeszow ernannt.

Der Justizminister hat die bei dem Kreisgerichte in Rovigno erledigte Kreisgerichtsrathsstelle dem dortigen Rathessecretär Nikolaus Paulin verliehen.

Der Justizminister hat den Landesgerichtsadjuncten Wolfgang Ritter v. Hochberger zum Rathessecretärsadjuncten des böhmischen Oberlandesgerichtes ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Situation in Athen.

Die „Patrie“ hat Nachrichten aus Athen vom 3. Februar, denen zufolge die Situation sich in den letzten 24 Stunden nicht geändert hatte. Im Publicum waren durch die revolutionäre Partei die aufregendsten Gerüchte verbreitet worden: man sprach von einer Erhebung in Rumänien (damit stehen die Mittheilungen der „E. du Nord-Est“ im Widerspruch), von einer zweiten in Montenegro und von einer starken

Agitation in Bulgarien. In Folge der Begleitung der Enosis-Affaire hatte die französische Dampscorvette „Forbin“ Syra verlassen und war nach dem Piräus gekommen, um sich dem Grafen Walenski zur Verfügung zu stellen, falls dieser Griechenland vor dem Abgang des nächsten Paketbootes verlassen wollte. Die Nachrichten des „Public“ reichen bis zum 5., ohne etwas positiveres zu besagen; an diesem Tage hätte man in Athen das Ergebnis einer langen Unterredung zwischen dem König und dem Herrn Commanduros noch nicht gekannt; der „Public“ glaubt jedoch hinzufügen zu können:

„Man versichert, daß die letzten Berichte, welche der französischen Regierung gestern aus Athen zugehen, noch immer der Hoffnung Raum geben, die friedlichen Gefinnungen des Königs Georg über den Widerstand eines Theiles der öffentlichen Meinung triumphiren zu sehen.“

Parlamentarisches.

Wien, 8. Februar.

(Budgetauschuß.) Auf der Tagesordnung der heute morgens stattgefundenen Sitzung des Budgetauschusses stand der Staatsvoranschlag für das Ministerium für Landes-Vertheidigung und öffentliche Sicherheit.

Der Referent Abg. Kuranda beantragte bezüglich der Auslagen für öffentliche Sicherheit in Niederösterreich einen Abstrich von 131 155 fl., indem er denselben damit motivirt, daß die Umwandlung der jetzigen Militärpolizeiwache in eine Sicherheitswache, welche bedeutende Mehrkosten verursachen würde, erst mit 1sten Mai d. J. in's Leben treten werde.

Der in der Ausschusssitzung anwesende Minister Graf Taaffe erklärt diesfalls, daß allerdings erst am 1. Mai diese Umwandlung stattfinden werde, daß jedoch ein plötzlicher Abschnitt zwischen dem einen und dem anderen Systeme nicht plausibel könne, sondern daß ein Uebergangsstadium zu berücksichtigen sei, welches das Bestehen der einen Wache neben der andern durch längere Zeit nothwendig mache, wodurch bedeutende Mehrkosten verursacht würden.

Abg. Dr. v. Berger, welcher von den Abgeordneten Steffens und Baron Petrino unterstützt wird, stellt in Folge dieser Mittheilungen den Antrag, den Abstrich auf 81.000 fl. zu reduciren.

Die Abg. Dr. Groß (Reichenberg) und Ritter v. Hopfen wünschen Auskunft darüber zu erhalten, ob denn das neue Institut der Sicherheitswache auch so einge-

richtet sein werde, daß dessen Leistungen den Mehrauslagen, die es erfordert, entsprechen werden.

Minister Graf Taaffe erwidert darauf, daß eben die Grundidee des neuen Institutes darin bestehe, daß Inspectoren anzustellen sind, welche in den einzelnen Bezirken ihren festen Wohnsitz haben sollen, die sich die unumgänglich nothwendigen Personal- und Localkenntnisse in möglichst ausgedehnter Weise verschaffen können, wodurch sie in die Lage gesetzt werden, das Publicum bei Nachforschungen jeder Art zu unterstützen und mit Rath an die Hand zu gehen.

Referent Kuranda macht hierauf Erwähnung von einer Reihe von Klagen über die bestehenden Vorkehrungen zur Handhabung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Wien und interpellirt auch schließlich den Minister darüber, ob nicht die Regierung zur Regelung der Prostitution die Initiative ergreifen wolle.

Minister Graf Taaffe glaubt, daß dieses Sache des Gemeinderathes sei, und er würde jedenfalls der Letzte sein, der in die Autonomie einer Stadt oder eines Landes eingreifen wolle.

Auch Abg. Schindler spricht sich über die Nothwendigkeit der Regelung der Prostitution aus und entwickelt seine Anschauungen dahin, daß der Grund, warum man mit der diesbezüglichen Regelung zu keinem Ende komme, einzig in den jesuitisch-clerikalen Anschauungen von der Unterdrückung des Fleisches liege, welche Anschauungen man in gewissen Kreisen fortwährend aufrecht erhalte, und wo man mit verdrehten Augen diese Principien vertrete, insofern man selbst davon nicht profitiren könnte.

Der Antrag des Referenten wird hierauf bei der Abstimmung abgelehnt, und jener des Abg. Dr. von Berger zum Beschluß erhoben.

(Presbergerichte.) Der Ausschuß der Abgeordnetenhaus hat die vom Herrenhause gefaßten abändernden Beschlüsse in den Gesekentwürfen, betreffend

a) die Einführung der Schwurgerichte für die durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Verbrechen und Vergehen, und

b) die Vorschrift über die Bildung von Geschworenenlisten für Presssachen — bereits in Berathung gezogen und erstattet dem Abgeordnetenhaus einen Bericht, in welchem gesagt wird:

Ad a. Die abändernden Beschlüsse des Herrenhauses beziehen sich auf die §§ 12, 16, 17, 21, 27, 30 und 37. — Der Ausschuß ist einstimmig der Ansicht, bezüglich der §§ 12, 16, 17, 21 und 37 aus sachlichen Gründen beizustimmen; dagegen entschied sich bezüglich

Feuilleton.

Feld und Wald mit ihrer social-politischen Bedeutung.

(Aus W. S. Niehl's Naturgeschichte des Volkes.)

Der triviale Gegensatz von Wald und Feld ist von größter Wichtigkeit für die sociale Ethnographie. In der österreichisch-ungarischen Monarchie besteht dieser Gegensatz noch in seiner ganzen Ausdehnung, wir haben noch einen wirklichen Wald; England dagegen hat so gut wie keinen wirklichen freien Wald mehr, keinen Wald, der sociale Bedeutung hätte: dadurch sind eine Menge der schärfsten Unterschiede österreichisch-ungarischen und englischen Volksthumes von vornherein mit Nothwendigkeit vorgezeichnet.

Bei jeder entscheidenden Volksbewegung wurde bisher sogleich dem Walde der Proceß gemacht. Ein großer Theil der Bauern lebt in steter geheimer Fehde mit den Herren des Waldes und ihren Gerechtsamen; zündet ein Revolutionsfunke, dann entbrennt bei diesen Leuten vor allem „der Krieg um den Wald.“ Das aufständische ländliche Proletariat kann keine Barricaden bauen, keine Königsschlösser niederreißen; aber es verwüstet statt dessen den herrschaftlichen Wald, denn dieser Wald ist in seinen Augen das Zwing-Uri der großen Herren neben den schutzlosen Ackerleuten des kleinen Landmannes. Siegt dann die öffentliche Autorität wieder über die empörten Massen, so hat sie allemal nichts eiligeres zu thun, als den Proceß, welchen man dem Walde gemacht, wieder zu annulliren, die Schutzbriefe desselben, welche man zerrissen, wieder in Kraft zu setzen. Dieses Schauspiel wiederholt sich, je nach dem Geiste der Zeit abge-

stuft, in allen Jahrhunderten unserer Geschichte, und es wird auch wohl noch Jahrhunderte lang in immer neuen Formen wiederkehren.

Die Erhaltung des Waldes ist in neuerer Zeit wieder eine Tagesfrage geworden und sind in den letzten Decennien gewichtige Worte zu Gunsten des Waldes vom national-ökonomischen Standpunkte ausgesprochen worden. Es wurde wieder populär, dem armen geschundenen Walde das Wort zu reden. Der Wald hat aber nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine social-politische Bedeutung. Wer aus politischem Liberalismus den Unterschied zwischen Stadt und Land leugnet, der sollte auch, nach englischem Muster, den Unterschied zwischen Feld und Wald wegzubringen suchen. Wo ein Gemeineigenthum des Waldes neben einem Privateigenthum des Feldes fortbesteht, da wird es in alle Ewigkeit keine rechte sociale Gleichheit im Volke geben. — Der Wald repräsentirt die Aristokratie in dem Bilde der Bodencultur, das Feld das Bürgerthum.

Die Zugeständnisse, welche in Sachen der Waldordnung, der Wildhegung, der freigegebenen Waldbnutzungen u. gemacht werden, bilden einen ziemlich genauen Gradmesser für das siegreiche Vordringen aristokratischer oder demokratischer Zeitstimmungen. Jede Revolution thut dem Walde weh; sie wird dagegen das Feld unberührt lassen, sofern sie sich nicht selber erwürgen will.

Der Wald gilt in der Volksmeinung für das einzige große Besitzthum, welches noch nicht vollkommen ausgeheilt ist. Im Gegensatz zum Acker, Wiese und Garten hat Jeder ein gewisses Recht auf den Wald, und bestünde es auch nur darin, daß er nach Belieben in denselben herumlaufen kann. In dem Recht oder der Vergünstigung des Holzlesens und Laubjammelns, der Viehhut, in der Vertheilung des Klaubholzes aus Gemeindewäldern u. dgl. liegt ein nahezu communistisches

Herkommen historisch begründet. Wo hat sich dergleichen sonst noch erhalten außer beim Wald?

Daß in den österreichisch-ungarischen Ländern der Gegensatz von Wald und Feld noch so allgemein feststeht, daß wir noch eine ganze Gruppe förmlicher Waldländer haben, ist ein großer Trost für den Social-Politiker. Ein Volk, welches noch den offenen, gemeinheitlichen Wald neben dem im Privatbesitz abgeschlossenen Felde besitzt, hat nicht bloß eine Gegenwart, sondern auch eine Zukunft.

Die Männer der Staatswirthschaft führen den Beweis, daß unser gegenwärtiger Waldbestand zur Befriedigung des Holzbedarfes keineswegs zu groß, eher zu gering ist. Die principiellen, die politischen Feinde des Waldes aber zählen uns die alljährlich sich mehrenden Ersatzstoffe des Holzes vor, und deuten siegesgewiß auf die nicht mehr ferne Zeit, wo man gar keine Wälder mehr brauchen wird, wo man alles Waldland in Ackerland verwandeln kann, damit jede Scholle in den civilisirten Staaten Europa's auch einen Menschen ernähre. — Dieser Gedanke, jeden Fleck Erde von Menschenhänden umgewandelt zu sehen, hat für die Phantasie jedes natürlichen Menschen etwas grauenhaft Unheimliches. Emanuel Geibel hat dieses natürliche Unheimliche der Gegenwart vor dem äußersten Maß der absoluten Civilisation in seinem Gedichte „Wuthyns“ symbolisirt. Er schafft sich eine Sage von dem zum Knechtendienste gefesselten Dämon des Dampfes. Erst dann wird dieser seine Bande sprengen und mit seiner im Kern der Erde schlummernden titanischen Urkraft die Erde selber zertrümmern, wenn einmal der ganze Ball überzogen sein wird mit dem Zaubernetze der Eisenbahnen. Bis dahin werden auch alle Wälder in Ackerland umgewandelt sein.

Es ist eine matte Defensiv, welche die Fürsprecher

des § 27 nur die Mehrheit dafür, dem von Seite des Herrenhauses gefassten Beschlusse beizutreten, und zwar nur aus dem Grunde, um nicht das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verzögern. Sämmtliche Mitglieder des Ausschusses sind der Ansicht, daß an dem im Beschlusse des Abgeordnetenhauses ausgesprochenen Grundsatz — wonach ohne Ausnahme nur unbewaffneten Personen als Zuhörer der Zutritt zu Schwurgerichts-Sitzungen zu gestatten — festzuhalten sei, und daß aus dem Antrage, im gegebenen Falle dem dissentirenden Beschlusse des Herrenhauses beizutreten, für die künftige Verathung und Beschlußfassung der allgemeinen Strafproceß-Ordnung kein Präjudiz abgeleitet werden könne.

Aus demselben Grunde und unter derselben Verwahrung erachtet der Ausschuss, auch der im § 30 von Seite des Herrenhauses beschlossenen Aenderung beizutreten zu sollen.

Ad b. Die abändernden Beschlüsse des Herrenhauses beziehen sich auf die §§ 5, 7, 8, 9 und 14. — Der Ausschuss erkennt diese Abänderungen als Verbesserungen und erachtet, denselben beizutreten.

Aus diesen Gründen erlaubt sich der Ausschuss den Antrag zu stellen: „Das hohe Haus der Abgeordneten wolle den von Seite des hohen Herrenhauses gefassten abändernden Beschlüssen, betreffend die Gesetzesentwürfe a) über die Einführung der Schwurgerichte für die durch den Inhalt einer Druckchrift verübten Verbrechen und Vergehen und b) über die Vorschrift für die Bildung von Geschwornenlisten in Presssachen, seine Zustimmung erteilen.“

Directe Reichsrathswahlen.

Wien, 9. Februar.

Dem niederösterreichischen Landmarschall Freiherrn v. Pratobevera ist gestern folgende von mehreren Mitgliedern des niederösterreichischen Landtages unterfertigte Adresse übergeben worden:

„Euer Excellenz!

Der niederösterreichische Landtag, dem die Unterzeichneten als Mitglieder anzugehören die Ehre haben, hat in seiner letzten Session folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Landtag erkennt in der Beschlusse des Abgeordnetenhauses durch directe Wahlen ein wichtiges Moment für die Kräftigung und Fortentwicklung der Verfassung, wenn solche directe Wahlen verfassungsmäßig in der Weise eingeführt werden, daß die Gemeinbarkeit der Vertretung der im Reichsrathe vertretenen Länder nicht beeinträchtigt wird.

Indem der Landtag erklärt, für diesen Fall von der Entsendung von Abgeordneten aus seiner Mitte abgehen zu wollen, stellt derselbe auf Grund des § 19 der Landesordnung den Antrag: „Die hohe Regierung wolle im verfassungsmäßigen Wege auf eine Umgestaltung des Gesetzes über die Reichsvertretung in dem Sinne hinwirken, daß directe Wahlen zum Reichsrathe eingeführt werden und die Zahl der Abgeordneten angemessen erhöht wird.“

„Nachdem der Landtag diesen Antrag auf Erlassung eines allgemeinen Reichsgesetzes in streng gesetzlicher Form mit einer von Eurer Excellenz ausdrücklich constatirten Zweidrittel-Stimmenmehrheit beschlossen hat; nachdem die Frage der verfassungsmäßigen Behandlung von auf Grund des § 19 lit. b der Landesordnung gestellten landtägigen Anträgen im Laufe der

jüngsten Zeit im Abgeordnetenhaus des Reichsrathes bereits in Anregung gebracht worden ist; nachdem der Beschluß des niederösterreichischen Landtages nur den verfassungsmäßigen Ausbau der Verfassung im Geiste derselben und nach Intentionen bezweckt, welche im Reichsrathe selbst bereits bei Gelegenheit der Verfassungsrevision hervorgetreten sind:

Halten wir unterfertigte Mitglieder des niederösterreichischen Landtages in unserer Eigenschaft als Reichsrathswähler es in unserem Rechtskreise gelegen, unseren Herren niederösterreichischen Landtagscollegen im Reichsrathe die Anregung zu geben, dieselben mögen auf die verfassungsmäßige Behandlung des von dem niederösterreichischen Landtage gefassten, eingangs erwähnten Beschlusses in geeigneter Weise hinwirken.

Wir erlauben uns Euer Excellenz, als den hochgeehrten niederösterreichischen Landmarschall, zu bitten, diese Anregung zur Kenntniß unserer niederösterreichischen Landtagscollegen im Reichsrathe zu bringen.

Mit der Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung zeichnen wir Eurer Excellenz

Wien, 28. Jänner 1869. ergebene
Bauer, Braun, Czibik, Dittmar, Felder, Fischer, Fürnkranz, Granitsch, Heinrich, Hoffer, Kasiner, Kopp, Eduard, Kopp Joseph, Lencam, Mahrhofner, Pacher, Redenschnitz, Schellinger, Schneider, Seri, Somaruga, Springer, Stendel, Tremel, Thomas, Wranz, Willner.“

Wegen der Kürze der Zeit konnte die Adresse den niederer wohnenden Landtagsabgeordneten nicht zugemittelt werden. Man erwartet deshalb, daß noch weitere Beitrittserklärungen erfolgen werden.

Ein spanischer Throncandidat.

Aus der Masse vorliegender brieflicher Mittheilungen englischer Blätter aus Madrid verdient die Correspondenz der „Times“ vom 2. Februar hervorgehoben zu werden, in der die Ansicht entschieden vertreten ist, daß der Herzog von Montpensier noch immer die allerbesten Aussichten auf die Krone besitze. „Die Revolution“ — so heißt es in diesem Briefe — „lehrt, nachdem sie ihren Kreis beschreiben, der alle Höfe und Dynastien Europa's umfaßt, rasch zu ihrem Ausgangspunkte zurück. Montpensier oder nichts, ist abermals die Lösung, und wahrhaft zauberhaft ist die Schnelligkeit, mit der die progressivste Presse sich diesem Prinzipien zugewendet hat, nachdem sie früher alle erdenklichen politischen und moralischen Bedenken gegen ihn erhoben hatte. Jetzt gehen sie in Masse zum früheren Feinde über. Wohl mögen die Leute den Grund davon in schändlicher Käuflichkeit suchen, doch für eine so ausgedehnte Unterstützung würde selbst das Vermögen der Orleans kaum hinreichen. Der Haupthebel scheint Serrano zu sein. Er war von Anfang an für Montpensier und das einzige Hinderniß waren Prim und die Progressisten. Diese sind jetzt gewonnen und Prim's Schweigen bedeutet, daß auch er zustimme. Somit hätte Montpensier die Unionisten und Progressisten, d. h. drei Viertel der Nationalvertretung für sich und es ließe sich nur noch fragen, welche Methode zur Erreichung des gewünschten Resultates angewendet werden dürfte. Soll er gleich nach dem Zusammentreten der Cortes durch Acclamation als König ausgerufen werden, oder soll diesem Actus eine langwierige Erörterung vorausgehen? Wofür wirklich ein Directorium erwählt würde, könnte eine derartige Erörterung

des Waldes ergreifen, wofür sie lediglich aus ökonomischen Gründen die Erhaltung des gegenwärtigen mäßigen Waldbaus fordern. Die social-politischen Gründe wiegen wenigstens ebenso schwer. Hant den Wald nieder, und ihr zertrümmert die historische bürgerliche Gesellschaft. In der Vernichtung des Gegensatzes von Feld und Wald nehmst ihr dem Volksthum ein Lebensmoment. Der Mensch lebt nicht vom Brode allein. Auch wenn wir keines Holzes mehr bedürften, würden wir doch noch den Wald brauchen. Das Volk bedarf des Waldes, wie der Mensch des Weines bedarf, obgleich es zur Nothdurft vollkommen genügen mag, wenn sich lediglich der Apotheker einen Viertel-Eimer in den Keller legt. Brauchen wir das dürre Holz nicht mehr, um unsere äußere Menschen zu erwärmen, dann wird dem Geschlechte das grüne, in Saft und Trieb stehende, zur Erwärmung seines inwendigen Menschen um so nöthiger sein.

In unseren Walddörfern sind unserem Volksleben noch die Reste uranfänglicher Gesittung bewahrt, nicht bloß in ihrer Schattenseite, sondern auch in ihrem naturfrischen Glanze. Nicht bloß das Waldland, auch die Sanddünen, Moore, Heiden (Pustten), die Felsen- und Gletscherstriche, alle Wildniß und Wüstenei ist eine nothwendige Ergänzung zu dem kultivirten Feldland. Freuen wir uns, daß es noch so manche Wildniß in den österreichisch-ungarischen Ländern gibt. Es gehört zur Kraftentfaltung eines Volkes, daß es die verschiedenartigsten Entwicklungen gleichzeitig umfasse. Ein durchweg in Bildung abgeschliffenes, in Wohlstand gesättigtes Volk ist ein todttes Volk, dem nichts übrig bleibt, als daß es sich mit seinem Herrlichkeiten selber verbrenne wie Sardanapal. Der ausstudirte Städter, der feiste Bauer des reichen Getreidelandes, das mögen Männer der Gegenwart sein, aber der armselige Moor-

bauer, der rauhe, zähe Waldbauer, das sind die Männer der Zukunft. Die Lehre von der bürgerlichen Gesellschaft ist wesentlich die Lehre von der natürlichen Ungleichheit der Menschen. Ja, in dieser Ungleichheit der Gaben und Berufe wurzelt die höchste Glorie der Gesellschaft, denn sie ist der Quell ihrer unerschöpflichen Lebensfülle. Wie die See das Küstenvolk in einer gewissen rohen Ursprünglichkeit frisch erhält, so wirkt gleiches der Wald bei den Binnenvölkern. Weil die österreichisch-ungarische Monarchie so viel Binnenland hat, darum braucht sie so viel mehr Wald als England. — Die echten Walddörfer, die Förster, Holzhauer und Waldbauer sind der kräftige, derbe Seemannsschlag unter den Landratten. Rottet den Wald aus, ebnet die Berge und sperrt die See ab, wenn ihr die Gesellschaft in dem gleichgeschliffenen Universalismus der Geistesbildung nivelliren wollt! Wir sehen, wie ganze segensreiche Länder, denen man den schützenden Wald geraubt, den verheerenden Fluthen der Gebirgswässer, dem ausdörrenden Odem der Stürme verfallen sind, und ein großer Theil Italiens, des Paradieses von Europa, ist ein ausgelehtes Land, weil sein Boden keine Wälder mehr trägt, unter deren Schutz es sich wieder verjüngen könnte. Aber nicht bloß das Land ist ausgeleht, auch das Volk. Ein Volk muß absterben, wenn es nicht mehr zurückgreifen kann zu den Hinterwäldern in den Wäldern, um sich bei ihnen neue Kraft des natürlichen, rohen Volksthumes zu holen. Eine Nation ohne beträchtlichen Waldbestand ist gleich zu achten einer Nation ohne gehörige Meeresküste. Wir müssen den Wald erhalten, nicht bloß, damit uns der Ofen im Winter nicht kalt werde, sondern auch damit die Pulse des Volkslebens warm und fröhlich weiter schlagen.

(Schluß folgt.)

ihre drei Jahre und darüber dauern. Es wäre dies das gefährlichste Experiment von allen, da wäre die Proclamation einer permanenten Republik noch bei weitem vorzuziehen. Wenn aber andererseits Espartero, wie es heißt, nach Madrid kommt und von den Demokraten, Republikanern und Ultra-Progressisten zum Protector ausgerufen werden sollte, wäre dies ein Schritt, der alle Berechnungen der Orleans'schen Partei gründlich durchkreuzen könnte. — Gegen Prim herrscht fortwährend der Verdacht, daß er einen Staatsstreich im Schilde führe. Der Umstand, daß er bei Abascals Leichenbegängniß mit einer Cavalerieescorte und seinem, etwa neunjährigen Knaben erschien, hat den liberalen Blättern zu mancherlei Glossen Anlaß gegeben.“

Russische Rüstungen.

Dem „Wanderer“ wird vom Pruth geschrieben: Es bedarf kaum eines großen militärischen Scharfsinns, um zu erkennen, daß Rußland im Hinblick auf die sehr schwankenden Verhältnisse der Türkei alles aufbietet, um in seinen südlich gelegenen Provinzen ein formidables Kriegsmaterial anzusammeln, das — falls ein kriegerischer Conflict plötzlich zum Ausbruch käme — zur Bewaffnung und Ausrüstung der nach dem Oriente bestimmten Armee-corps dienen würde. Man weiß es im Kriegsministerium zu Petersburg genau, und das officielle „Militär-Magazin“ hat erst jüngst wieder darauf hingewiesen, daß die geringe Sorge bezüglich der Ansammlung von Kriegsmaterial, Reserven u. s. w. in den südlichen Gegenden zur Zeit des Krimkrieges eine nicht geringe Ursache der Niederlage von Sebastopol gewesen. „Gegenwärtig dürfen wir nicht mehr in den nämlichen Fehler verfallen“ — ruft das „Militär-Magazin“ aus — „denn die Ereignisse der letzten Jahre haben uns gelehrt, uns militärisch vorzusehen, und ohne die Staatsfinanzen allzu sehr zu belasten, die Armee in kürzester Frist in schlagfertiger Haltung nach diesem oder jenem Grenzpunkte des Reiches zu werfen.“ Was nun die militärischen Vorkehrungen in unserer Nachbarschaft anbelangt, so geht unter anderm das Gerücht, die russische Geniecommission, die im vorigen Herbst die Festung Chotim inspicierte, habe einen Plan ausgearbeitet, wonach Chotim mit dem von dort kaum zwei Meilen entfernten Kamieniec podolski durch eine Reihe Befestigungsarbeiten verbunden werden soll. Man will auf diese Weise ein großes verschanztes Lager herstellen, dem Chotim und Kamieniec als Pivots dienen sollen, wodurch im Umkreise beider Plätze Raum für 80—100.000 Mann wäre. Wenn diese Angabe sich bestätigt, so wäre ihre politische-militärische Bedeutung nicht zu unterschätzen, um so weniger für Oesterreich, weil jenes verschanzte russische Lager in der unmittelbaren Nähe Ostgaliziens — wenige Meilen vom Czortkower Kreise — errichtet würde. Nach dem russischen Journale „Bodolskija Zwiezda“ wird in Kiew ein Reserve-Artilleriepark von zwölf Batterien (jede Batterie zu sechs Geschützen, also im ganzen 72 Geschütze) zusammengestellt. Ueberhaupt ist Kiew zum Centralwaffenplatz für Südrußland erwählt, wo das Militärargowement vom Kriegsministerium zu Petersburg ermächtigt worden ist, alle zur Schlagfertigkeit nöthigen Vorkehrungen für die im Süden stehende Armee zu treffen. Dies hat namentlich auch bezüglich der neuen Bewaffnung mit Hinterladern zu gelten, welche dem „Waffen-Comité“ zu Kiew zur Vertheilung an die Truppen zugesandt werden. Die sogenannte „mobile Commission des Waffencomité's“, aus einem Stabs- und zwei Oberofficieren bestehend, muß trotz der gegenwärtig rauhen Jahreszeit die verschiedenen Garnisonsorte Südrußlands bereisen, um dort Beobachtungen bezüglich des Fortschrittes der Truppenübungen mit dem neuen Gewehre anzustellen und darüber nach Kiew zu berichten, wo die einzeln einlangenden Rapporte gesammelt und zu einem Generalbericht an das Kriegsministerium zusammenge stellt werden. Mit einem Worte, man ersieht aus allem, daß Rußland von einer langen Dauer des europäischen Friedens nicht sehr überzeugt ist, und nicht vernachlässigt, um allfälligen Ereignissen gerüstet entgegenzutreten zu können oder nach Umständen zu erstem Veranlassung zu geben.

Friedensstimmen aus Bukarest.

Die „Corr. du Nord-Est“ läßt sich aus Bukarest berichten, daß in den dortigen politischen Kreisen die friedliche Strömung Oberwasser hat und immer deutlicher zu Tage tritt, ohne daß man die eigentlichen Motive gewisser plötzlicher Wandlungen mit Bestimmtheit angeben könnte. Die einen behaupten, daß die Wendung der griechisch-türkischen Differenz einen heilsamen Einfluß geübt habe, während andere in Erfahrung gebracht haben wollen, daß Fürst Carl in der bestimmtesten Weise influenzirt worden sei, freundliche Beziehungen zu seinen Grenzern aufrecht zu halten. Ein vom Minister des Innern jüngst an die Präfecten der Donau-Bezirke erlassenes Circular charakterisirt die Situation ganz richtig. Der Minister betont in demselben den Wunsch der Regierung, gute Beziehungen zur Pforte zu unterhalten und sich den Garantemächten dankbar zu erweisen. Die Präfecten sollen aufs strengste darüber wachen, daß die Neutralität des

Landes nicht durch Griechen und Bulgaren, die Zuflucht im Lande suchen, compromittirt werde. Ähnliche Erlasse sind vom Kriegsminister an die Commandanten der an den Grenzen aufgestellten Bataillons erlassen worden, um ihnen verdoppelte Wachsamkeit an den Donau-Ufern anzupfehlen. Dasselbe Blatt meldet wiederholt, daß die Prussificirung der Armee zu vieler und tiefgreifender Unzufriedenheit Anlaß gebe.

Oesterreich.

Wien, 9. Februar. (Professor Maassen) soll hieher berufen werden, um bei den gegenwärtigen Concordatsunterhandlungen mit Rom intervenirend mitzuwirken.

Krafsau, 7. Februar. (Die Landtags-Resolution.) Der „N. Fr. Pr.“ wird geschrieben: Der „Ezas“ constatirt in seinem heutigen Zeitartikel mit sichtlich Befriedigung die Thatsache, daß die „N. Fr. Pr.“ angesichts der galizischen Resolutionsfrage einen den Wünschen des Landes wohlwollenden Standpunkt einnimmt, insofern sie der Ansicht ist, daß die Resolution dem Reichsrathe vorzulegen sei und letzterer der Discussion über diese wichtige Angelegenheit nicht aus dem Wege zu gehen brauche, da die Verfassung doch nicht so hinfällig ist, daß Verathungen über Verfassungsänderungen ihren Bestand bedrohen sollten. Das polnische Blatt befreundet sich mit dieser Ansicht um so mehr, als es selbst zu wiederholtenmalen dieselbe warm verfolgt hat, und glaubt aus dem Umstande, daß in zwei gewichtigen Organen gleichzeitig der Resolutionsfrage günstige Stimmen sich erhoben, schließen zu dürfen, „daß der galizische Landtagsbeschuß den Ausgangspunkt zu Veränderungen abgeben dürfte, welche der Monarchie jene innere Harmonie verleihen, die für ihre Machtstellung und ihr Gedeihen so unerläßlich nothwendig ist.“ Im weiteren Verlaufe meint der „Ezas“, daß die Verfassungs-Revision jenes Feld sei, auf welchem, vorausgesetzt, daß das Verfahren ein gerechtes, aufrichtiges sein wird, das Ministerium die für eine parlamentarische Regierung notwendige Majorität finden und zugleich die erforderliche Kraft erlangen würde, um die innere Organisation in einer alle Elemente befriedigenden Weise durchzuführen. Der Fortgang, den die Resolutionsfrage in der Sub-Commission des Verfassungs-Ausschusses und in diesem selbst genommen hat, nicht verfehlt, hienzu den besten Eindruck zu machen, und man gibt sich allgemein der Hoffnung hin, daß es dem Abgeordnetenhaus gelingen werde, die drohende Gefahr zu beseitigen und für Galizien einen modus vivendi zu finden. Ein derartiges Resultat wäre für unser Kronland in der That sehr erfreulich, da man hier denn doch das Verloren des Reichsrathes und das Betreten des schlüpfrigen Pfades, den die Ezeas ausgelegt, mit scheelem Blicke ansieht.

Wien, 9. Februar. (Bei der Schlußverhandlung im Proceß Karageorgiewics) stellt nach Authentisirung verschiedener Documente der Fürst jedes Einverständnis mit Radowanowics in Abrede.

Russland.

Berlin, 8. Februar. (Der Fürst von Montenegro) ist in Begleitung des Flügeladjutanten des russischen Kaisers, des Fürsten Dolgorucki, hier eingetroffen. Er bleibt hier sechs Tage.

Petersburg, 9. Februar. (Ein Ukas) befiehlt die zeitweilige Entlassung der überzähligen Soldaten.

Tagesneuigkeiten.

(Die österreichische Concursordnung mit Commentar und Formularien.) Von dieser neuesten, zeitgemäßen Publication des Dr. C. E. von Kippling, Hof- und Gerichtsadvocat in Linz, deren 1. Hft wir neulich anzeigten, liegt bereits das zweite vor, welches das Verfahren im Concurs bis §. 148, Veräußerungen unbeweglicher Sachen u., enthält. Das Werk wird bei seiner praktischen Einrichtung sicherlich allgemeine Anerkennung und Verbreitung finden.

(Zur Herabsetzung des Postporto.) Durch die Herabminderung des Briefporto beziehungsweise durch die Feststellung des Portofasses auf 5 kr. wurde nach dem zweiten Jahre seiner Einführung, schon ein erhöhtes Entragniß erzielt, und dadurch neuerdings der bekannte national-ökonomische Grundsatz bewährt. Im Jahre 1865 nämlich, als noch außerhalb des Rayons drei verschiedene Portofässe zu 5 kr., 10 kr. und 15 kr. existirten, wurde in Ländern, welche gegenwärtig zur österr. ungar. Monarchie gehören, eine Einnahme von 3,876.613 fl. an Portogebühren erzielt. Nachdem diese Einnahme im Jahre 1866 um circa 200.000 fl., im Jahre 1867 nur mehr um circa 100.000 fl. herabgegangen war, hob sich dieselbe im Jahre 1868 schon auf 3,894.412 fl., es wurde daher durch die Herabsetzung der Portogebühren schon nach dem zweiten Jahre der Einführung ein Mehrertragniß von circa 18.000 fl. erzielt.

(Zum Eisenbahnunglück auf der nordlichen Staatsbahn) bringt die „Prager Ztg.“ nachstehende Details: Es war um 10¹/₂ Uhr Nachts, als sich der von Wien gegen Prag verkehrende Personenzug der Station Beshowic näherte. Die Bahn läuft dort bei einem bedeutenden Gefälle von 250 Klaftern in schnurgerader Richtung hin und es entpfeht

die Vermuthung, daß unter dem Einflusse der Witterung eine ungleichmäßige Senkung des Damms eingetreten und durch den Druck der Räder des Zuges die Schienen herausgetrieben wurden. Zwischen dem zweiten und ersten Wächterhäuschen entgleiste die Zugmaschine „Hirschberg“ und kippte dabei die Schienenstränge um. Die Maschine blieb zwar auf dem Seileise aufrecht stehen, dagegen wurde der Mittelwagen seitwärts gerissen. Der zweite Wagen, ein Waggon zweiter Classe, wurde vom Damme weggeschleudert und blieb aufrecht auf der Böschung hängen, der nächste Waggon, ein Wagen erster Classe, lag auf der Böschung umgeworfen, der nächste Wagen zweiter Classe wurde über die drei Klafster hohe Böschung in den Graben geschleudert und ganz zertrümmert. Der letzte Waggon des Zuges, ein gemischter Wagen, lag ziemlich entfernt von den übrigen in dem Graben und zeigte ebenfalls starke Spuren der erlittenen Beschädigung. Die ganze Katastrophe war das Werk eines Augenblicks und es ist ein Wunder zu nennen, daß die Zahl der schwer Verwundeten nicht eine größere ist. In dem Waggon erster Classe befanden sich Baron Wächter und Landesadvocat Dr. Freiherr v. Schloffer mit seiner Cousine, welche alle drei mit dem bloßen Schrecken davonkamen. Nicht so glücklich überstanden die Katastrophe die übrigen Reisenden. Die Mehrzahl derselben erlitt theils mehr, theils minder bedeutende Contusionen oder Pantauschschürfungen in Folge des vehementen Sturzes. Die Mehrzahl der Verletzten mußte mit Zuhilfenahme von Reitern aus den Waggonen befreit werden und langte, wie schon erwähnt, mittelfst eines von Prag aus abgesendeten Separatzuges um halb 3 Uhr Morgens dort an. Der Zustand keines der Verletzten, mit einziger Ausnahme des Conducteurs, gibt zu ernstern Besürchtungen Raum.

(Neue Heilquelle.) Der Bohemia wird unterm 6. d. aus Teplitz-Schönau telegraphisch gemeldet: Bei der Schlangenbadquelle wurde eine Lettenschichte durchgeschlagen, eine mächtige Heilquelle von 34 Grad Wärme sprudelt empor, ohne Schädigung der Steinbadquelle.

(Akademiebrand in Pest.) Durch den Akademiebrand hat den Secretär der ungarischen Gesellschaft für bildende Künste, Herrn Telepy, ein empfindlicher Verlust getroffen, da ihm — wie wir im Hg. lesen — mehrere Gemälde, die Bibliothek seines verstorbenen Schwiegervaters, Gabriel Egreshy, mehrere interessante Notate und auch einige Briefe Petöfi's verbrannt sind. — Ein Nachspiel zum Akademiebrande fand gestern Abends gegen 10 Uhr statt; um diese Zeit wurde nämlich wahrgenommen, daß die Balken unterhalb der Wohnung des Galerie-Directors Kraymann glimmen, und nur der rasch angewendeten Hilfe ist es zu danken, daß nicht ein zweiter Act des Dramas von vergangener Woche erlebt wurde.

(Petarden-Spässe.) Man schreibt aus Triest vom 7. d.: Während eines in der verfloffenen Nacht im Hause des Baron Elio Morpurgo abgehaltenen Ballfestes explodirte kurz nach Mitternacht eine auf das Gesimse eines Stallfensters gelegte Petarde, beschädigte die nahe Gaslatrüne und zertrümmerte einige Fensterscheiben des gegenüberliegenden Hauses, glücklicherweise ohne irgend eine Person zu verletzen oder sonst größeren Schaden zu verursachen. Obwohl ein Polizeiposten ganz in der Nähe war, gelang es doch dem Thäter, begünstigt von einem echt englischen Nebel, den feinen Jagingschurz unbemerkt in Scene zu setzen und sich aus dem Staube zu machen.

(Waldverkauf in der Militärgrenze.) Nach einer Mittheilung in der „Agr. Ztg.“ werden im Broder Regimente 20.000 Joch gelichtet, der Schätzungspreis beträgt nach der Waldtaxe über 7 Millionen. Jedes Jahr sind 1000 Joch derart abzuholzen, daß nach 20 Jahren die verlichtete Fläche ganz gelichtet sein muß. Da das Broder Regiment, heißt es am Schlusse des Berichtes, auf einer Fläche von 26 Quadratmeilen bei 11 Quadratmeilen Waldboden hat, so wird in 20 Jahren die Differenz mit Einrechnung der neuen Schonungen nicht so grell sein, als anfänglich gefürchtet wurde. Nur wird es eine holzvertheuernde schwierige Uebergangsperiode geben.

(Seltene Geburt.) Am Sonntag, den 31. Jänner, wurde in Schiwen bei Dirshan von einer jungen blühenden Hirtin ein übrigens gesundes Mädchen geboren, auf dessen unterem Rücken theils eine Geschwulst von der Größe zweier starken Fäuste befindet. In dieser von der Haut überkleideten Geschwulst bewegt sich mit großer Lebhaftigkeit ein Kind, dessen wohlgebildete Glieder durch die Wände der Geschwulst zu fühlen sind. Seine Größe entspricht der einer fünf bis sechs Monate alten Frucht. Der Vater rief den Sanitätsrath Dr. Preuß in Dirshan hinzu und ersuchte ihn, die Geschwulst mit der Frucht zu entfernen. Derselbe erklärte jedoch, nachdem er das Kind lange und sorgfältig untersucht hatte, „es sei in diesem außerordentlichen Falle die Möglichkeit vorhanden, daß das in der Geschwulst, wie alle Anwesenden sich überzeugten, lebhaft sich bewegende Kind zur Reife gelange. Kein Arzt könne sich für berechtigt halten, dieses wunderbare Leben zu zerstören. Dasselbe sei vielmehr auf alle Weise zu schützen und zu fördern.“ Das neugeborene Mädchen, welches hienach Aussicht hat, in wenigen Monaten Mutter zu werden, ist von seltener Kraft und Schönheit und nimmt die Mutterbrust mit Freudigkeit, und die wunderbare Frucht, welche bereits alle Zeichen eines künftigen Lebens trägt, wird, wenn sie zur Reife gelangt, das Kind eines jungfräulichen Kindes sein. (Wir reproduciren, bemerkt die „Pr.“ diese Notiz nach preussischen Zeitungen, sie klingt gleichwohl stark amerikanisch.)

(Ein schauerlicher Polterabend.) Zu dem preussischen Provinz-Posen fuhr am Abende vom 26. zum 27. v. M. aus dem kleinen Städtchen Wielun ein Bräutigam mit einem Begleiter nach dem Nachbarstädtchen Varanow, um daselbst Tags darauf seine Hochzeit zu feiern. Er fuhr ruhig durch die schneebedeckte Landschaft, als plötz-

lich die beiden Pferde unruhig wurden, ängstlich zu schnauben anfangen und vor jedem Baum an der Straße scheuten. Die beiden Passagiere sollten über den Grund nicht lange in Ungewißheit bleiben. Sehr bald hoben sich in geringer Entfernung die Gestalten zweier Wölfe ab, die heulend dem Fuhrwerk nachtamen. Es war eine fürchterliche Situation. Die beiden Reisenden nicht im Besitze von Waffen und die Wölfe in unabwieslicher Nähe. In dieser fürchterlichen Lage fuhr dem Bräutigam blüchennell ein rettender Gedanke durch den Kopf. Rasch sprang er vom Wagen und schnitt die Stränge des einen Pferdes durch, das er den Wölfen preisgab; mit dem zweiten jagte der Schlitten davon. Bald war das freigelassene Pferd, das in seiner Angst gar nicht die Flucht ergreifen hatte, sondern zitternd stehen geblieben war, von den Wölfen erreicht, die sich mit einem Freudenheul auf die Beute warfen. Der Bräutigam langte in angstvoller Flucht, aber unverfehrt in dem Grenzstädtchen Woloslawice an. Für ein Pferd hatte er sein Leben eingetauscht, und mit doppelter Freude trat er am anderen Tage vor den Altar. Im Gedächtniß aber wird ihm diese schauerliche Brautfahrt wohl sein ganzes Leben hindurch verbleiben.

Vom österreichischen Beamtenverein.

Der Verwaltungsrath des allgemeinen Beamten-Vereines der österreichisch-ungarischen Monarchie hat in einer seiner letzten Sitzungen in Gemäßheit seiner neuen, auch von der k. ungarischen Landesregierung bestätigten Statuten eine Reihe von Ehrenmitgliedern ernannt, um hiermit jenen Persönlichkeiten, die entweder vermöge ihrer staatsmännischen Wirksamkeit eine hervorragende Stellung einnehmen oder die sich speciell um das Zustandekommen und die Entwicklung dieses gemeinnützigen Vereines besondere Verdienste erworben haben, ein Zeichen seiner ehrenden Anerkennung zu geben. Die Wahl fiel einstimmig auf Ihre Excellenzen den Herrn Reichskanzler Grafen Beust und den ungarischen Minister-Präsidenten Grafen Andrássy, als die Träger der Neugestaltung des österreichisch-ungarischen Reiches, auf die beiden Minister des Innern Dr. Giskra und Baron Benckheim, welchen die schnelle und unverfälschte Genehmigung der neuen Statute zu danken, auf den Präsidenten des obersten Gerichtshofes Ritter von Schmerling, welcher als Staatsminister dem Vereine bei seinem Entstehen die erste hilfreiche Unterstützung geschenkt, auf den Herrn Regierungsrath Fürsten Lothar Metternich, den ersten Präsidenten des Vereines und auf den Hofrath Falke v. Liliensstein, einen der eifrigsten Förderer des Vereines, der erst in allerjüngster Zeit im Schooße des 1. Wiener Vorschuß-Consortiums den Grund zur Bildung eines Unterrichtsfondes für Beamtentöchter gelegt hat. Die kunstvoll angefertigten Diplome wurden vor einigen Tagen den in Wien anwesenden Ehren-Mitgliedern Grafen Beust und Andrássy, Dr. Giskra, Ritter v. Schmerling und Hofrath von Falke durch eine Deputation überreicht, die aus dem Vereins-Präsidenten, emeritirten General-Secretär der Nordbahn, Ritter v. Fellmann, den beiden Vice-Präsidenten, k. k. Sectionsrath v. Schmidt-Zabierow und General-Inspector der Staatsbahn De-Vaglio und dem Verwaltungsrathe Oberkriegsbuchhalter Frubh bestand.

Die Deputation hatte sich überall des wohlwollendsten Empfanges zu erfreuen und wurde den humanen Bestrebungen und den bisherigen Erfolgen des Vereines, welcher seit der kurzen Zeit seines Bestandes bereits über 3¹/₂ Million Versicherungs-Geschäfte abgeschlossen, und sowohl in seiner Lebensversicherungs-, als auch in der Vorschuß-Abtheilung schon eclatante Beispiele seiner heilsamen Wirksamkeit zu verzeichnen hat, die ehrenvollste Anerkennung zu Theil.

Der Herr Reichskanzler Graf Beust hob insbesondere hervor, wie sehr es ihn freue, eine solche Anerkennung aus den Kreisen der Beamten zu erhalten, an deren Ergebenheit, Pflichttreue und Opferwilligkeit bei der jüngst vollzogenen staatsrechtlichen Umgestaltung so vielfach erhöhte Anforderungen hätten gestellt werden müssen; er hoffe jedoch, daß die Gunst der Verhältnisse ihm erlauben werde, auch für eine Verbesserung der Lage der Beamten im allgemeinen bald werththätig eintreten zu können.

Locales.

(Bahn Laibach-Tarvis.) Die „Pr.“ schreibt: Was die zu concessionirende Bahn von Tarvis nach Laibach betrifft, von welcher in den jüngsten Tagen wiederholt die Rede war, so hören wir, daß der Ministerrath die Verleihung der Bauconcession an die Rudolphsbahn beschlossen haben soll; die Gelobeschöpfung wird die Anglo-Oesterreichische Bank, möglicherweise mit Zuziehung der Creditanstalt, übernehmen.

(Landwirthschaftsgesellschaft.) In der letzten Sitzung kamen nachstehende wichtigere Gegenstände vor: 1. Die Mittheilung des Ackerbauministeriums in Betreff der künftigen Stellung der Landwirthschaftsgesellschaften als beratthender Organe der Regierung. 2. Die Mittheilung desselben, daß die Anträge in Beziehung der Viehprämien und der Zuchtstiere genehmigt wurden. Der Ausschuß wird alsbald die erforderlichen Verfügungen treffen und hat sich unter andern bereits an die salzburger Gesellschaft um den Pinzgauer und nach Steiermark um den Märzthaler Schlag

